

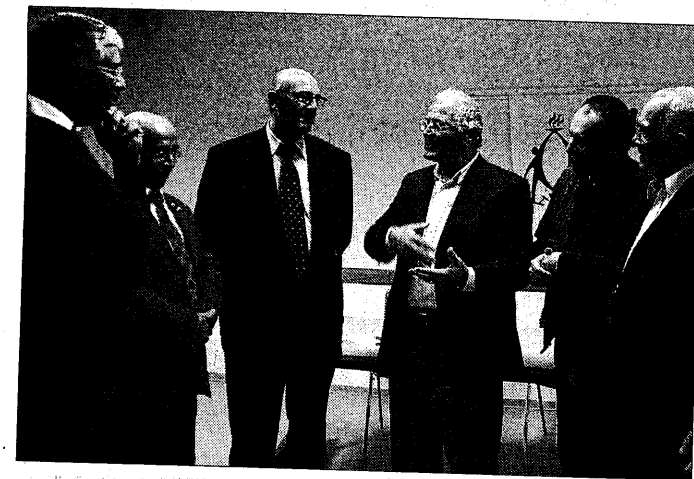
Gastland bleibt vielen fremd

Linker Politikwissenschaftler lotete die Lebensverhältnisse von Einwanderern in Bad Kreuznach aus

Einwanderer stoßen bei Bad Kreuznachern heute häufiger als noch vor Jahren auf Vorurteile, meint Gernot Bach von der Partei „Die Linke“. Der Kommunalpolitiker spricht von „Parallelwelten“ in der Nahestadt.

BAD KREUZNACH. In welchen Verhältnissen leben Einwanderer in Bad Kreuznach? Dieser Frage ging der Politikwissenschaftler und Bundestagsabgeordnete der Linken, Dr. Hakki Keskin, am Samstag nach. Der Politiker türkischer Abstammung kam im Begegnungszentrum Tilgesbrunnen und beim alevitischen Verein in Planig mit zahlreichen Landsleuten ins Gespräch. Viele klagten über mangelhaften Kündigungsschutz und geringe Berufschancen. Dr. Hakki Keskin fasste zusammen: „Viele haben resigniert.“

Eine Grundschullehrerin habe Dr. Keskin berichtet, dass mehrere deutsche Eltern ihre Kinder nicht an einer Schulveranstaltung teilnehmen ließen, um sie von Einwandererkindern fernzuhalten.



Beim Verein Volkskulturhaus, dem ehemaligen anatolischen Kultur- und Freundschaftsverein, diskutierten die Linken-Politiker Gernot Bach (3. von links) und Dr. Hakki Keskin (3. von rechts) mit Einwanderern. ■ Foto: Günther Bauer E1310gb6

ten. Den Politiker schmerzte besonders, dass sich nach seinem Eindruck besonders viele junge Einwanderer nicht gut in Bad Kreuznach aufgenommen fühlen. Auch Kinder, die in Deutschland geboren wurden, wähten sich noch zu oft als Außenseiter.

Auch Vertreter des Integrationsbeirates der Stadt diskutierten mit Dr. Keskin. Nach dem Gespräch erklärte der

Politikwissenschaftler, dass dieser Beirat unbedingt mehr direkten Einfluss auf die politischen Entscheidungen in der Stadt haben müsste. Er vermutet, dass der noch relativ junge Beirat auf wenig Akzeptanz stoße und seine Wünsche, Forderungen und Anregungen wohl noch zu oft übergangen würden.

„Ich muss jetzt wohl meinen Ausweis abgeben“,

scherzt Gernot Bach vom Stadtverband der Linken. Er gesteht, den Einbürgerungstest nicht bestanden zu haben. Keskin möchte die Hürden, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, wieder senken. Er meint, dass die Einbürgerung der erste Schritt auf dem Weg zur Eingliederung in die Gesellschaft sein müsse. Bach fordert, dass sich Einwanderer zumindest an Kommunalwahlen beteiligen dürfen. Denn politische Mitbestimmung ist für ihn eine wichtige Voraussetzung, um in der neuen Heimat richtig Fuß fassen zu können.

In den Gesprächen hörten die Politiker auch viele Klagen über schlechte Bildungschancen. Sie setzen in dieser Frage auf Ganztagsunterricht und Gesamtschule. Die Wohnsituation von Einwanderern habe sich aber etwas verbessert, fasst Bach zusammen. Die Stadt sei in diesem Punkt insgesamt auf einem guten Weg. Er wünscht sich, dass Sozialwohnungen für Einwanderer besser über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden. (gb)

ÖA: 13. 10. 08